



Solidarität mit den Menschen im Irak

Nein zum Krieg!

Deutsche Grenzen auf für Flüchtlinge aus dem Irak!

Den USA und ihren Verbündeten geht es beim Krieg gegen den Irak selbstredend nicht um die Menschen, die dort leben. Sie selbst gehörten bekanntlich zu denen, die das verbrecherische Regime Saddam Husseins lange gefördert haben. Ihre imperialistischen Interessen liegen klar zutage. Und so wie die ehemalige US-Außenministerin Albright den Tod hunderttausender Kinder aufgrund des Wirtschaftsembargos gerechtfertigt hat, so werden sie auch diesmal wieder über Berge von Leichen gehen. *Solidarität mit den Menschen im Irak heißt demzufolge, gegen diesen Krieg einzutreten.*

Diese Einsichten sind weit verbreitet. Das ist gut so. Es gibt allerdings auch einige andere, ebenso wichtige Aspekte notwendiger Solidarität mit den Menschen im Irak, die in der öffentlichen Diskussion leider weitgehend ausgeblendet werden, teilweise sogar in der Friedensbewegung. Damit befasst sich dieser Text.

Nicht nur die USA – auch der Irak ist eines der brutalsten Regime der Welt

Für die Menschen im Irak herrscht seit Jahrzehnten Krieg. Nicht nur der, den die USA 1991 nach der Annektion Kuwaits gegen das Land geführt haben und der seitdem von ihnen und Großbritannien geführte „Krieg niedriger Intensität“ und auch nicht nur das verheerende Embargo, das nach UN-Schätzungen eine Million Menschen das Leben gekostet hat. Das herrschende Bath-Regime selbst führt einen ununterbrochenen Krieg gegen die Menschen: Angriffskrieg gegen den Iran 1980 bis 88, der nach Schätzungen mehrere hunderttausend bis eine Million Tote gekostet hat (Irak wurde von West und Ost gleichermaßen unterstützt) – ca. 180 000 Kurden ermordet oder zum Verdursten in die Wüste verschleppt – 5000 Tote durch Einsatz von (mit deutscher Hilfe produziertem) Giftgas gegen die eigene Bevölkerung in Halabja – Einmarsch in Kuwait – 150 000 Tote bei der (faktisch von den USA „genehmigten“) Niederschlagung des Volksaufstands 1991 – Zwangsumsiedlungen von über 600 000 Menschen – allein seit 1997 Hinrichtung von 4000 Menschen, Enthauptung von ca. 1000 Frauen aus oppositionellen Familien unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Prostitution – Herausschneiden der Zunge wegen Verleumdung des Präsidenten, Abschneiden von Ohren und Händen... das ist nur eine unvollständige Übersicht. Die einst starke Opposition im Lande wurde grausam abgeschlachtet, so dass sie heute sehr geschwächt ist. *Solidarität mit den Menschen im Irak heißt gerade deswegen auch: Keinerlei Zusammenarbeit mit dem irakischen Regime, Solidarität mit antimilitaristischen und demokratischen Oppositionskräften.*

„Deutsche Friedenspolitik“ – ein Täuschungsmanöver in vier Akten

Erster Akt: Bomben auf Belgrad

Deutschland werde sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen, sagt Schröder. Gut, sagen wir. Aber, war da nicht was...?

... genau: 1999 fielen deutsche Bomben auf Belgrad und andere serbische Städte. Die Beteiligung am Bombenkrieg der Nato begründeten Schröder und Fischer damals mit der „prekären Menschenrechtssituation“ unter Milosevic. Heute, da es um einen Krieg gegen ein Regime geht, das die Menschen viel schlimmer unterdrückt, kommt das Wort „Menschenrechte“ im Vokabular der Bundesregierung gar nicht mehr vor. Wenn es der Bundesregierung wirklich um die Menschen ginge, hätte sie damals keinen Krieg gegen Jugoslawien führen dürfen. Denn „Menschenrechte“ lassen sich nicht herbeibomben. Im Gegenteil. In Serbien wurden durch den Krieg Tausende Zivilisten getötet, die Flüsse, Böden und Luft auf Jahrhunderte hinaus geschädigt. Rassistische Verfolgungen von Minderheiten finden heute im Kosovo immer noch statt; nur geht es dort heute nicht den Kosovo-AlbanerInnen, sondern Serben und Roma an den Kragen.

Beim Krieg gegen Jugoslawien ging es Deutschland darum, wieder einen Fuß auf dem Balkan zu haben. Dies ist gelungen. In Bosnien, Mazedonien und im Kosovo stehen deutsche Besatzungssoldaten. Der Welt wurde signalisiert: Wir sind wieder wer, wir werden ab sofort unsere Weltmachtansprüche durchsetzen. Auf dem Weg dahin hat die Bundesregierung mittlerweile große Schritte zurückgelegt. Deutsche Soldaten besetzen heute 10 Länder. Mit ca. 10.000 Soldaten hat Deutschland nach den USA die zweithöchste Zahl von Soldaten außerhalb des eigenen Landes eingesetzt.

Zweiter Akt: Bomben für Bagdad

Deutsche Firmen haben in der Vergangenheit massiv verdient an der Aufrüstung des Irak. Im Rüstungsbericht der irakischen Regierung an den UN-Sicherheitsrat werden über 80 deutsche Unternehmen genannt, die seit den 70iger Jahren Rüstungsgüter an den Irak geliefert haben, z.B. Daimler-Benz, MBB und Siemens. **Die Zahl der deutschen Unternehmen ist größer als die der Firmen aller anderen Länder zusammen.** 60 % der Lieferungen für die irakische Giftgasproduktion sind ausgerechnet aus Deutschland gekommen, dem historischen „Spezialisten“ für das Vergasen von Menschen. Ebenso ein Großteil der irakischen Kapazitäten bei Mittelstreckenraketen. Selbst zu Zeiten des Embargos gelang es deutschen Unternehmen von 2000 bis 2001 ihre Exporte in den Irak zu verdreifachen. Ein Krieg wäre für diese Geschäfte eher schädlich. Anlässlich der letzten Handelsmesse in Bagdad bezeichnete der stellv. Irakische Ministerpräsident

Deutschland als wichtigsten Partner für Irak. Deutschland stellte das größte Kontingent an Ausstellern. Sehr aktiv dabei übrigens: Herr „Israel-Kritiker“ Möllemanns Deutsch-Arabische Gesellschaft. Dieser feine Herr und andere FDP-Wirtschaftsminister hatten ja in den achtziger Jahren erst lange „nichts davon gewusst“ und dann „nichts dagegen machen können“, dass die irakische Fähigkeit zur Giftgas- und Raketenproduktion zum Großteil von Deutschland aus organisiert worden war. „Wir wollen unseren irakischen Freunden und Kunden zeigen, dass wir auch in kritischen Situationen zu ihnen stehen“, erklärte kürzlich ein Siemens-Sprecher.

Dritter Akt: Nichts ist unmöglich - Kumpanei mit Bush UND mit Saddam

Sich nicht am Krieg beteiligen, aber den USA Überflugrechte gewähren, evtl. sogar in der UN für den Krieg stimmen – Wie geht das zusammen? Schizophrenie sagen die einen, Wahlbetrug die anderen. Wir glauben: Das ist lediglich kühl kalkuliert. Denn *einerseits* wird Deutschland ökonomisch von einem Irakkrieg kaum profitieren, nicht nur weil man gerade wieder dabei ist, starke Wirtschaftsbeziehungen zum Irak zu entwickeln, sondern auch weil in Deutschland kein Erdölkonzern beheimatet ist. Trotzdem gilt es sich *andererseits* auf mögliche Nachkriegsszenarien einzustellen. Denn deutsche Konzerne können bei der Ölförder- und Transporttechnologie durchaus Profit machen. Und dabei ist es nämlich völlig egal, wer den Finger am Erdölhahn hat, ein Diktator Hussein oder ein Nachfolge-Regime von US-Gnaden. Nur wäre es im letzteren Falle etwas ungünstig, wenn man sich vorher so gar nicht am Krieg beteiligt hätte... *Einerseits* muss Deutschland aus vielen Gründen immer noch gewisse Rücksichten auf Israel nehmen, *andererseits* setzt es immer mehr auf die arabische Karte. Angefangen von Kinkels „kritischem Dialog“ mit den menschenverachtenden Herrschern des Iran bis hin zur Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde, die die Gelder auch für Selbstmordattentate in Israel einsetzt, werden arabisch-islamische Länder hofiert. Wer Weltmachtpolitik betreiben will, braucht Verbündete. Ob diese nun den Terror unterstützen oder Menschenrechte mit Füßen treten, ist dann drittrangig. *Einerseits* ist Deutschland noch weit davon entfernt, mit den USA gleichzuziehen und deswegen immer noch auf das „transatlantische Bündnis“ angewiesen, *andererseits* arbeitet es zielstrebig daran, sich gegenüber dem Konkurrenten zu profilieren.

Deswegen kommt aus Schröders Mund mal die „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“ und mal der „deutsche Weg“.

Vierter Akt: Von Menschenrechten reden ist was anderes als sich für die Menschen interessieren.

Wenn es der Bundesregierung wirklich um die Menschen ginge, müsste sie heute die deutschen Grenzen für Flüchtlinge aus dem Irak weit aufmachen. Das Gegenteil ist der Fall: „Die politische Situation im Irak zwingt viele Menschen zur Flucht ins Ausland. Seit langem stellen irakische Flüchtlinge einen großen Teil der Asylsuchenden in Deutschland, seit drei Jahren steht der Irak an vorderster Stelle der Herkunftsländer. Doch immer weniger irakische Flüchtlinge erhalten Asyl. Betrug die Anerkennungsquote des Bundesamtes 2001 noch über 65 %, so fiel sie im ersten Halbjahr 2002 auf 30 %. Im September 2002 betrug sie nur noch 16,5 %. Dabei haben sich die Fluchtgründe nicht verändert, sondern nur deren Interpretation durch deutsche Behörden und Gerichte.“ (Flugblatt „Brennpunkt Irak“ von Pro Asyl, Nov. 2002) Wie war das noch mal mit den Menschenrechten?

Wir fordern von der Bundesregierung

- ein konsequentes Nein zum Krieg gegen Irak, keine Überflugrechte und keine Nutzung von Militäreinrichtungen, Abzug der ABC-Spürpanzer aus Kuwait
- den Ausreisepressure gegen irakische Flüchtlinge zu beenden und den Lagebericht des Auswärtigen Amtes, in dem der Nordirak als inländische Fluchialternative bezeichnet wird, zu korrigieren,
- eine gemeinsame europäische Aufnahmepolitik für irakische Flüchtlinge zu initiieren, statt deren Abschiebung zu koordinieren,
- den Export von Rüstungsgütern (auch „dual use“-Produkte) in den Irak zu unterbinden und Strafverfahren gegen die Firmen einzuleiten, die das UN-Rüstungsembargo gegen den Irak verletzt haben,
- die Bundeswehr aus allen 10 Ländern, in denen sie militärisch präsent ist, zurückzuholen, ihre Interventionsfähigkeit abzubauen und sie ganz abzuschaffen.

Übrigens: Das weltweit geförderte und in die reichen Länder transportierte Öl fließt zur Hälfte in unsere Tankstellen. Wie wär's mit einem allgemeinen Tankstellenboykott – wenigstens für die Dauer des Krieges?

Quellen und Literaturhinweise: www.proasyl.de; amnesty international; taz v.17.,18. und 19.12.02; Stuttgarter Zeitung v. 10.1.02; Saddam Haseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg, konkret-Verlag, ca. 280 S, 14.80€ ISBN 3-930786-34-6

Die Stuttgarter Friedensinitiative

Ist ein Bündnis von Einzelpersonen. Kontakt Tel 0711/560294 oder über das Friedensnetz (Tel 6071786, www.friedensnetz.de). Unsere Arbeit kann nur durch Spenden aufrecht erhalten werden. Deswegen freuen wir uns über finanzielle Unterstützung. Konto: Förderverein Frieden e.V., **Stichwort Stuttgart**, Kto.-Nr. 563 131 004, Cannstatter Volksbank, BLZ 600 904 00. Spenden sind steuerlich absetzbar. Spendenquittung auf Wunsch.

Besuchen Sie unsere Homepage: www.friedensnetz.de/Stuttgart/index.2htm

V.i.S.d.P: L.Galow-Bergemann, c/o Friedensnetz Baden-Württemberg, Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart